

Mainz, 23.05.2022

Antrag 0786/2022 zur Sitzung Stadtrat am 01.06.2022

gem. Antrag: Europäisches Jahr der Jugend – nachhaltige Stärkung der Jugend in Mainz (B'90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)

Die Europäische Kommission hat 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend erklärt. Jugendliche haben in der Pandemie stark gelitten, viele Pläne aufgeschoben und trotz persönlicher Einbußen Rücksicht auf jene genommen, die von einer Corona-Erkrankung voraussichtlich stärker betroffen wären. Sie haben sich solidarisch gezeigt – jene Solidarität verdienen auch sie, wenn nun politische Weichen gestellt werden.

Das Europäische Jahr der Jugend will jungen Menschen bessere Chancen für die Zukunft bieten. Dabei werden junge Menschen mittels eines Fragebogens explizit eingebunden, sodass Wünsche und Anregungen, Sorgen und Nöte direkt von denen kommen, um die es geht. Gleichzeitig ist die Umsetzung von NextGeneration EU angelaufen, sodass europäische Mittel in Arbeitsplätze, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche in ganz Europa fließen können.

Auch die Mainzer Jugendlichen haben in den vergangenen 24 Monaten viel Stärke und Durchhaltevermögen bewiesen. Sie haben gezeigt, dass sie im Sinne vulnerabler Gruppen denken und handeln, dass sie aber weiter zukunftsorientiert planen und genau diese Weitsicht auch von der Politik einfordern. Wir werden die jungen Menschen in Mainz nicht nur in diesem Jahr, sondern in den kommenden Jahren gezielt stärken und ihnen dabei stärkere Mitsprachemöglichkeiten bieten, um eigene Ideen für ein lebenswertes und zukunftsfreudiges Mainz auch selbst zu verwirklichen.

Die Einbindung von jungen Menschen und ihren Vertretungen, wie dem Stadtjugendring oder der Stadtschüler*innenvertretung, sowie die von der Steuerungsgruppe „Jugendbeteiligung“ erarbeitete Konzeption begrüßen wir ausdrücklich.

Der Stadtrat möge deshalb beschließen:

1. Der neu aufgelegte Prozess für ein Jugendbeteiligungskonzept wird konsequent unterstützt. Der Weg, ein für Mainz optimales Beteiligungskonzept mithilfe externer Beratung aufzulegen, ist dementsprechend richtig.
2. Kinder und Jugendliche sollen unkompliziert eigene Ideen für unsere Stadt verwirklichen können. Sozialraumbudgets sollen die Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche fördern und kleinere

- Partizipationsprojekte insbesondere in den einzelnen Stadtteilen vor Ort ermöglichen. Die Verwaltung soll dieses Angebot evaluieren und zeitgerecht weiterentwickeln.
3. Die Verwaltung wird beauftragt zu erarbeiten, inwiefern Ferienprogramme zur Aufarbeitung von pandemiebedingten Lernlücken, unter Einbindung von Sport- und Bewegungsangeboten, zielgerichtet ausgebaut werden können.
 4. Die ehrenamtliche Arbeit in Jugendverbänden muss insbesondere nach der Pandemie verstärkt unterstützt werden, da das ehrenamtliche Engagement leider auch hier abnahm. Viele Jugendverbände suchen junge Menschen, die die eigenen Ideen nach außen transportieren und neue Mitglieder oder Interessierte gewinnen. Die Arbeit der Jugendverbände ist maßgeblicher Bestandteil, um jungen Menschen Umsetzungsmöglichkeiten für die eigenen politischen Ziele in der Gesellschaft zu ermöglichen. So können sie Selbstwirksamkeit erleben und ihnen werden gleichzeitig verschiedene Betätigungsfelder aufgezeigt. Deshalb müssen insbesondere bestehende Strukturen wie z.B. beim Stadtjugendring und den Jugendverbänden gestärkt werden. Die Verwaltung wird beauftragt zu erarbeiten, wie die Verbände bei ihrer Suche und Arbeit während und nach der Pandemie gezielt unterstützt werden können.
 5. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Projekten der Stadtentwicklung sowie der Gestaltung öffentlicher Flächen, qualitative Aufenthaltsflächen, wie zum Beispiel Bolz- und Basketballplätze oder Skater- und Pumptrackanlagen, für Jugendliche in den Fokus der Planung zu legen.
 6. Wir fordern nachdrücklich die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre und einen klaren Mainzer Appell an die Landespolitik, dieses Vorhaben geschlossen umzusetzen.
 7. Beteiligung muss frühestmöglich gelebt werden. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt zu erarbeiten, wie dezentrale Kinderbeteiligung in den einzelnen Stadtteilen verbessert und vertieft werden kann. Dies kann zum Beispiel durch die Reaktivierung von „Jugend spricht für sich on Tour“ oder andere Formate erfolgen.

Gez.
Sylvia Köbler-Gross
Fraktionsvorsitzende
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Mainzer Stadtrat

Gez.
Alexandra Gill-Gers
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

Gez.
David Dietz
Fraktionsvorsitzender
FDP-Stadtratsfraktion

f.d.R.
Caroline Blume
Fraktionsgeschäftsführung
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

f.d.R.
Sascha A. Fricke
Fraktionsgeschäftsführung
SPD-Stadtratsfraktion

f.d.R.
Hermann Wiest
Fraktionsgeschäftsführung
FDP-Stadtratsfraktion

im Mainzer Stadtrat